



Nr. 222 / 9. November 2016

Einladung an die Medien: Diskussionsabend „Wie weiter mit den Gedenkstätten? Fragen und Forderungen an die Landespolitik“

Die Ministerin für Justiz, Kultur und Europa Anke Spoorendonk nimmt nächsten Montag (14. November) zur bisherigen Umsetzung der Landesgedenkstättenkonzeption Stellung. Im Anschluss formuliert die Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft „Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein“ (LAGSH) Uta Körby Fragen und Forderungen zur Zukunft der Gedenkstätten an die Landespolitik. Abschließend diskutieren Abgeordnete aller Fraktionen des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Der Landesbeauftragte für politische Bildung veranstaltet den Diskussionsabend gemeinsam mit der LAGSH und dem Verein „Gegen Vergessen. Für Demokratie e.V.“.

Zur Veranstaltung am

Montag, 14. November, 18 Uhr

im Plenarsaal des Landeshauses, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

sind Vertreterinnen und Vertreter der Medien herzlich eingeladen.

Anmeldungen für die Veranstaltung werden bis zum 11. November per E-Mail an lpb@landtag.ltsh.de oder telefonisch unter 0431/9881646 entgegengenommen.

Der Eintritt ist frei, bitte bringen Sie einen Personalausweis mit.

Hintergrund:

Die hiesigen Gedenkstätten und Erinnerungsorte halten die Erinnerung an die Opfer und Verbrechen nationalsozialistischer Herrschaft wach. Getragen werden diese Orte insbesondere von bürgerschaftlichen Initiativen und Vereinen, aber auch von Kommunen und den Kirchen.

Sie übernehmen immer wieder eingeforderte gesellschaftliche Aufgaben: die Förderung von Frieden und Demokratie, die Aufarbeitung der NS-Geschichte, die Vermittlung von grundlegenden Werten wie Toleranz und Respekt, insbesondere an Jugendliche, sowie die Abwehr rechtsextremer Geschichtsbilder. Diese Aufgaben sind heute wichtiger denn je.

Es gibt also gute Gründe für die entschlossene Fortsetzung und Weiterentwicklung der erstmals systematisch entwickelten Gedenkstättenpolitik der amtierenden Landesregierung. Zentrale Entwicklungsprobleme harren weiterhin einer Lösung, insbesondere die nach wie vor zu beklagende Unterfinanzierung der Erinnerungsarbeit und die damit fragile Absicherung professioneller Vermittlungsarbeit.